

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 24. Ratssitzung vom 28. November 2018**

### **621. 2018/135**

**Postulat von Markus Kunz (Grüne), Helen Glaser (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 04.04.2018:**

**Anschluss von möglichst vielen Gebäuden in den künftigen Fernwärmegebieten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Markus Kunz (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3929/2018): Die folgenden vier Postulate haben alle einen inneren Zusammenhang, weil es alles Begleitpostulate zur Fernwärmeweisung sind, die von der Stimmbevölkerung mit einem grossen Mehr angenommen wurde. Wir sind bereit, eine Viertelmilliarde Franken – und später noch mehr – in eine Infrastruktur zu stecken, die uns einen Beitrag zur Wärme und Versorgung leistet. Bereits im Abstimmungskampf entstand der Irrglaube, die Vorlage sei miserabel, weil sie so viele Begleitpostulate benötigt. Wir wählten diesen Weg, weil man mit Hilfe der Postulate ganz andere rechtliche Möglichkeiten ausschöpfen kann. Der Stadtrat und die Stadtverwaltung wissen im Vorhinein nicht, wie sich die Kommissionsarbeit entwickeln wird. Es können in der Kommissionsarbeit auch noch andere Ansprüche aufkommen, die man nicht unbedingt noch in die Weisung packen will. Dazu kommt, dass man des Guten nicht zu viel tun sollte – speziell bei einer Vorlage, über die das Volk abstimmen muss. Der Weg über die Begleitpostulate hat nichts mit der Vorlage selbst zu tun. Beim ersten Postulat geht es um Vernunft. Wir stecken unglaublich viel Geld in das Fernwärmesystem und es wäre ein Schuldbürgerstreich, wenn man nicht möglichst viele Liegenschaften an die Fernwärmeversorgung anschliessen würde. Wir können es uns in dieser Situation nicht leisten, Liegenschaften nicht an das Fernwärmesystem anzuschliessen. Es ist völlig klar, dass man die Investition amortisieren muss. Das heisst, man muss Wärme verkaufen können und möglichst viele Liegenschaften anschliessen. Es ist schräg, das Gebot der Wirtschaftlichkeit auf jedes einzelne Haus runter zu brechen. Im Grundsatz orientiert sich die Rechnung am Referenzpreis des Erdöls. Im 21. Jahrhundert darf es aber einfach nicht mehr sein, dass wir uns am Erdöl orientieren. Erdöl wird jedes Jahr laut der ETH mit 500 Milliarden bis 5 Billionen Dollar subventioniert. Man kann hier also schon lange nicht mehr von Marktpreisen sprechen. Erdöl ist einer der am stärksten verzerrten Energieträger. Es ist ein Blödsinn, die Wirtschaftlichkeit von Fernwärme damit auszurechnen. Nachdem wir in die Infrastruktur investierten, ist es ein konsequenter letzter Schritt, die Investitionen durch eine möglichst hohe Anschlussdichte zu sichern. Wenn man bedenkt, dass bei einer fairen Berechnung eine CO<sub>2</sub>-Einpreisung stattfinden müsste, in Bern ein CO<sub>2</sub>-Preis auf Gesetzesebene diskutiert wird und das Fernwärmesystem für Jahrzehnte funktionieren wird, muss sich die Preisentwicklung mehr an den ökologischen Befindlichkeiten ausrichten. Es geht darum, dass wir der Fernwärme gleich lange Spiesse bei der Berechnung von Tarifen ermöglichen wie einer Konkurrenzenergie, die mit Milliardenbeträgen*

subventioniert wird.

**Dubravko Sinovcic (SVP)** begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 18. April 2018 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist legitim, Weisungen mit Begleitpostulaten zu verbessern oder eben auch zu verschlechtern. Wenn wir die drei Vorstösse – den vierten nehme ich hier aus – gemeinsam mit der Weisung besprochen hätten, gäbe es heute nichts einzuwenden. Sie traten aber im September vor das Stimmvolk und sagten, der Kredit, den Sie für die Weisung sprechen wollten, sei gut und man könne hinter dem Projekt stehen. Mit über 80 Prozent erreichten Sie eine sensationelle Zustimmung. Nach der Abstimmung verändern Sie aber den Umfang der Weisung. Das geht alleine aus demokratiepolitischen Überlegungen nicht. Inhaltlich ist die Kritik der SVP an der Verbindungsleitung vor allem wirtschaftlicher Natur. Wir stützen die Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die von Anfang an sagten, es sei ein hoch kritisches Projekt und ein finanzielles Wagnis, das die Stadt möglichst vermeiden sollte. Wir sagten damals, dass für uns eine Insellösung die bessere Variante wäre. Dass Sie hier andere Wirtschaftlichkeitsrechnungen vorstellen – Ökologie gleich wirtschaftlich –, passt aus unserer Sicht nicht. In der Schweiz wird Erdöl laut meinem Wissen vor allem besteuert und nicht subventioniert. Wenn man jede Liegenschaft anschliesst, unabhängig davon, ob ein Anschluss wirtschaftlich ist oder nicht, bestärken Sie unsere Bedenken und das Projekt wird noch viel riskanter. Die Begründung mit den geplanten Clustern verstehe ich nicht, weil das bereits heute so gehandhabt wird. Die Strategie der Energie 360° AG und des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) sieht beim Rückbau des Gasnetzes vor, dass Gas-Cluster erstellt und Vorbereitungen für eine zukünftige Lösung getroffen werden. Es geht Ihnen aber viel mehr darum, den Stadtrat zu ermutigen, alle Liegenschaften anzuschliessen. Seien Sie ehrlich und fordern Sie einen Anschlusszwang an die Fernwärme. Wir lehnen das Postulat ab, weil es das wirtschaftlich riskante Projekt noch riskanter macht. Wir werden darauf achten, dass man den Volksentscheid möglichst getreu umsetzt und nicht im Nachhinein noch an der Vorlage rumschraubt.

Weitere Wortmeldungen:

**Sebastian Vogel (FDP):** Wie es auch im Postulat steht, bestehen die Pläne des ewz bereits. Wir finden es unnötig, diese mittels Postulat noch zu unterstreichen. Wir befürchten ausserdem mit dem Postulat eine Stossrichtung, die Richtung Anschlusszwang führt.

**Ernst Danner (EVP):** Ich rätsle immer noch, welche ökonomischen Überlegungen Markus Kunz (Grüne) machte. Die demokratiepolitischen Überlegungen waren hingegen sehr klar; es wäre zu viel des Guten gewesen, wenn man die Zusätze miteingebunden hätte. Das ist in Anbetracht des zeitlichen Ablaufs ein fragwürdiges Verständnis einer Volksabstimmung. Die Fernwärme Zürich Nord hat langjährige Erfahrung in der Wirtschaftlichkeit des Anschlusses von kleinen Liegenschaften. Ihre Lösung ist, dass sie sich nur noch auf neue grosse Mehrfamilienhäuser fokussierten, deren Anschluss auch rentabel ist. Sie vergraulten die Besitzer von alten Einfamilienhäusern, indem sie zuerst sagten, dass sie diese Liegenschaften nicht anschliessen, und danach das Gegenteil behaupteten, aber 100 000 Franken für den Anschluss verlangten. Diese Politik hatte

3 / 4

*mit Kundenfreundlichkeit nicht viel zu tun. Wenn man die Einfamilienhäuser nun doch anschliessen will, bedeutet das, dass die Kosten vom Kollektiv getragen werden müssen. Man leitet sie auf Gebühren über oder schreibt sie ab. Die Fernwärme Zürich Nord musste einen grossen Kapitalschnitt machen, weil es sonst aus dem Ruder gelaufen wäre. Mit diesem Postulat ist diese Gefahr noch viel grösser als sie ohnehin bereits ist. Wir wollen es dem ewz überlassen, die Wirtschaftlichkeitsrechnung zu machen und die Liegenschaften anzuschliessen, die auch wirtschaftlich tragbar sind.*

**Andreas Egli (FDP):** *Markus Kunz (Grüne) sagte, dass wir eine Menge Geld investieren. Es kostet wirklich viel und daraus leitet er einen Anschlusszwang ab. Mit dieser Argumentation bin ich nicht einverstanden. Es läuft nämlich darauf hinaus, dass jeder, der das eine oder andere Bier trinkt, eine Nacht in der Ausnüchterungszelle verbringen müsste, weil auch die Ausnüchterungszellen eine teure Investition waren. Nur weil eine Investition teuer war, bedeutet es nicht, dass man das Angebot zwangsweise annehmen muss.*

**Andreas Kirstein (AL):** *Die ersten beiden Postulate verlassen den Rahmen der Weisung überhaupt nicht. Sie entsprechen den Zielen der Vorstellung der Weisung. Man versucht einerseits, möglichst viele Haushalte anzuschliessen. Das berühmte Wort «Anschlusszwang» wurde weder von Markus Kunz (Grüne), noch von sonst jemandem verwendet. Zum zweiten muss man darüber nachdenken, dass die Spitzenabdeckung in Zukunft auch nichtfossil stattfindet. Das ist ein erklärtes Ziel der Dienstabteilung Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) und Teil der Weisung. Die Ängste, die hier zur Sprache kamen, kann ich nicht nachvollziehen und ich kann dem Postulat sowohl demokratisch wie auch energiepolitisch entspannt zustimmen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

**STR Richard Wolff:** *Markus Kunz (Grüne) schloss in seinem Postulat selbst nicht aus, dass es Gründe geben kann, dass einzelne Liegenschaften nicht angeschlossen werden können und es Alternativen gibt. Das ist vernünftig und auch unser Vorschlag. Es ist tatsächlich veraltet und überkommen, dass der Referenzpreis immer noch an das Erdöl gekoppelt wird. Wir werden das im nächsten Jahr ändern. Wenn wir von Wirtschaftlichkeit sprechen, ist damit aber nicht der Vergleich zum Erdölpreis gemeint. Es lohnt sich aus ökologischen Gründen nicht, auch das hinterletzte Haus mit einer langen, teuren Fernwärmeleitung anzuschliessen.*

Das Postulat wird mit 76 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat